

Heimische Vogelretter im Einsatz: Herausforderungen und Lösungsansätze

Im Vogelschutzzentrum Mössingen kämpfen Experten mit Verletzungen, Engpässen und dem Umgang mit invasiven Arten.

Jedes Jahr landen rund 1200 Vögel im Vogelschutzzentrum Mössingen, viele davon mit schweren Verletzungen. Daniel Schmidt-Rothmund, der Leiter des Zentrums, berichtet von dramatischen Zuständen: Vögel kommen oft nach Zusammenstößen mit Fenstern oder Autos, teils völlig entkräftet, weil sie keine Nahrung finden konnten. „Wir übernehmen die erste Versorgung direkt, sobald ein Tier gebracht wird“, erklärt er und betont, dass die Erste-Hilfe-Maßnahmen umgehend gestartet werden.

Die Situation ist angespannt. Geplante Erweiterungen und Renovierungen des Zentrums sind dringend nötig, da die Zahl der Tiere, die Hilfe benötigen, häufig die Kapazitäten übersteigt. Die baden-württembergische Landesregierung hat sich nun bereit erklärt, mehr als 1,3 Millionen Euro für die notwendige Erweiterung bereitzustellen und hat damit die finanzielle Unterstützung seit dem Jahr 2022 erheblich angehoben. Doch obwohl sich dieser Schritt positiv auswirkt, gibt es viele Stimmen, die auf die Notwendigkeit einer Gleichbehandlung aller Wildtierauffangstationen hinweisen.

Kapazitätsprobleme in der Tierpflege

Die personelle und räumliche Überlastung der Auffangstationen führt dazu, dass oft „Aufnahmestopps“ verhängt werden,

besonders wenn es an geschultem Personal mangelt. Schmidt-Rothmund betont, dass sich die Unterstützung des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) vor allem auf die Behandlung und Auswilderung krank gewordener Tiere fokussiert. Sarah Schweizer von der CDU kritisiert jedoch, dass es zu wenig Gleichbehandlung der verschiedenen Tierstationen gibt, was die Wildtierrettung gefährden könnte.

Im Umweltschutzministerium wird darauf verwiesen, dass das Vogelschutzzentrum Mössingen vertraglich dazu verpflichtet ist, verletzte oder beschlagnahmte Vögel aufzunehmen, um sie dort unterzubringen und optimal zu pflegen. Dies ist der Grund für die finanzielle Unterstützung des Zentrums. Verantwortliche weisen jedoch erneut darauf hin, dass trotz der zahlreichen Fälle verletzter Tiere nicht unbegrenzt Mittel bereitgestellt werden können.

Die CDU-Politikerin hat auch Bedenken bezüglich der Verteilung der Mittel geäußert: „Das System ist nicht optimal und führt zu einer Überlastung einzelner Stationen, während andere an Bedeutung gewinnen könnten.“ Schmidt-Rothmund nennt eine gesunde Verteilung der Mittel und eine Erhöhung der Anzahl der Stationen als notwendig. Das Land bleibt jedoch bei der Ansicht, dass die finanziellen Ressourcen primär für den Lebensraumschutz genutzt werden sollten.

Konfrontation mit invasiven Arten

Ein weiteres, schwieriges Thema betrifft invasive Arten, wie die Nilgans. Schmidt-Rothmund erklärt, dass Naturschutz- und Tierschutzrecht in diesem Fall oft im Widerspruch stehen. „Ich darf diese Vögel nicht transportieren oder in einer Auffangstation aufnehmen, aber ich bin verpflichtet, einem Tier in Not zu helfen“, erklärt er die Dilemmata der Vogelretter. Diese unterschiedlichen gesetzlichen Vorgaben führen zu Unsicherheiten in der Handhabung verletzter Tiere.

Das Landwirtschaftsministerium hat eine Strategie

vorgeschlagen, nach der invasive Arten in Auffangstationen gehostet werden können, bis sie von selbst sterben. SARA H schweizer hingegen sieht es kritisch und plädiert für eine humane Entnahme dieser Vögel. SPD-Politiker Jan-Peter Röderer unterstützte die Idee der finanziellen Förderung für Auffangstationen und hob hervor, wie wichtig die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer sei. Er forderte, dass das Land sich nicht nur um die Förderung von Tierheimen, sondern auch um das Überleben der Wildtiere kümmern sollte.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de